

**Rede anlässlich der Schlusskundgebung des Bundesverbandstages des VDK am  
18.5.2006, Berlin**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Präsident Hirrlinger,  
sehr verehrte Damen und Herren,

Im Namen des SPD-Parteivorstandes und unseres neuen Parteivorsitzenden Kurt Beck grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesverbandstages des VDK herzlich und bedanke mich, heute zu Ihnen sprechen zu können. Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Präsident Hirrlinger, zu Ihrer erneuten Wahl zum Präsidenten des VDK ganz herzlich gratulieren und Ihnen für neue Amtszeit alles Gute und eine glückliche Hand wünschen.

Als größter Sozialverband in Deutschland vertritt der VDK tatkräftig und engagiert die Interessen von mehr als 1,4 Millionen Mitgliedern und steht damit zugleich auch stellvertretend für die Belange vieler Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranker, Seniorinnen und Senioren, Patientinnen und Patienten. Dieses Engagement ist auch beim diesjährigen Bundesverbandstag deutlich geworden.

Sie haben ihn unter das Motto „den Sozialstaat erhalten“ gestellt. In Ihren Leitlinien haben Sie konkretisiert, wie der VDK sich den Sozialstaat vorstellt. In vielen Punkten haben Sie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an Ihrer Seite.

Die SPD will unseren Sozialstaat so weiterentwickeln, dass auch in Zukunft für alle Menschen die zentralen Lebensrisiken nicht nur abgedeckt werden sondern auch solidarisch finanziert werden. Die Globalisierung der Arbeits- und Waren- und Finanzmärkte, der Rückgang der Beitragsbasis der umlagefinanzierten Systeme, die Situation der öffentlichen Haushalte und die demographische Entwicklung stellen dabei die großen Herausforderungen unserer Zeit dar.

Eine gerechte und solidarische Sozialpolitik muss vorausschauend gestalten und die Herausforderungen und die Chancen in allen Feldern der Politik annehmen.

Wir brauchen in Zukunft sowohl den vorsorgenden Sozialstaat ebenso wie den aktivierenden und den ausgleichenden Sozialstaat. Dabei kann es keine Rangfolge geben, da die Lebenssituation der Menschen höchst unterschiedlich ist.

- **Wenn wir allen Kindern unabhängig vom Bildungsstand und vom Geldbeutel ihrer Eltern bessere und vor allem gleiche Bildungschancen ermöglichen, ist das besser als nach der Schule mit öffentlichen Mitteln das Nachholen von Bildungsabschlüssen zu finanzieren**
- **Wenn die Wirtschaft mehr Anstrengungen unternimmt, heute die Fachkräfte für morgen und übermorgen auszubilden, ist das besser als in einigen Jahren mit öffentlichen Programmen die Menschen nach- oder umzuqualifizieren.**
- **Wenn wir eine Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik betreiben, die es ermöglicht, dass Jüngere in Arbeit kommen und Ältere in Arbeit bleiben können, dann ist das besser als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.**
- **Wenn wir die Arbeitsbedingungen und die berufliche Weiterbildung so gestalten, dass Menschen auch bei schwerer körperlicher Arbeit oder bei anderer anstrengender Arbeit gesund älter werden und im Erwerbsprozess bleiben können, ist das besser als die Menschen in den Vorruhestand zu schicken.**
- **Wenn wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass jeder und jede aus einer Vollzeitwerbsarbeit auch ein Existenz sicherndes Einkommen erzielen kann, ist das besser als Kombilohnmodelle oder Lohnzuschüsse.**

**Ich sage aber auch, trotz solcher Maßnahmen wird es Menschen geben, die aus welchen Gründen auch immer, keinen oder keinen guten Bildungsabschluss haben werden, die im Fall der Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft nicht sofort auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Chancen haben oder die durch Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit auf die Solidarität der Gesellschaft und damit auf einen aktivierenden und ausgleichenden Sozialstaat angewiesen sein werden. Eine so wohlhabende Gesellschaft wie die unsere wird dazu auch in Zukunft in der Lage sein, dies finanziell zu gewährleisten – und nur wenn sie es auch will, ist sie es wert, als wirklich „entwickelte“ Gesellschaft bezeichnet zu werden.**

**Ich glaube: Die Formel „jedem ist geholfen, wenn jeder für sich selbst sorgt“ verkennt nicht nur die Lebenswirklichkeit der Menschen sondern ist geradezu menschenverachtend.**

**Gerechtigkeit und Solidarität sind das Fundament unseres Sozialstaates. Und wir haben das vergleichsweise hohe gesamtgesellschaftliche Wohlstandsniveau in Deutschland nicht trotz sondern wegen der Sozialstaatlichkeit erreicht. Deshalb gibt es auch in Zukunft keine Alternative dazu, dass bei den zentralen Lebensrisiken, die jeden und jede von uns morgen treffen können, der Grundsatz bleibt, dass die Stärkeren für die Schwächeren einstehen müssen.**

**Die SPD will Ökonomie, Sozialstaatlichkeit und die ökologischen Bedürfnisse der Gesellschaft miteinander in Einklang bringen anstatt eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche.**

**Über die künftige Rolle, die Ausgestaltung und die Finanzierung des Sozialstaates wird die SPD in den nächsten Monaten im Rahmen der Grundsatzprogrammdebatte intensiv diskutieren – auch mit den Sozialverbänden. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, Sie meine Damen und Herren vom VDK, einzuladen, sich an unserer Debatte konstruktiv und wenn notwendig auch kritisch zu beteiligen.**

**Anrede,**

**ich bin froh darüber, dass es uns gelungen ist, bei der Umsetzung der EU Antidiskriminierungsrichtlinien auch für den zivilrechtlichen Teil die Merkmale Alter, Behinderung, sexuelle Identität, Religion und Weltanschauung mit einzubeziehen. Das ist nicht auch zuletzt dem Engagement des VDK und vieler anderer Verbände zu verdanken. Wir wissen, dass auch das beste Gesetz nicht jede Diskriminierung verhindern können. Wir verbessern mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz jedoch die Möglichkeiten für die in unserer Gesellschaft benachteiligten Gruppen, ihre Rechte durchzusetzen. Unsere Gesellschaft wird für die täglichen Diskriminierungen sensibilisiert werden und ich bin mir sicher, dass das gesellschaftliche Klima sich verändern wird.**

**Anrede,**

**Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung sind sicher die größten Herausforderungen, vor denen wir stehen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist bei uns die Beschäftigungsquote der über 50-jährigen viel zu niedrig. Wir wollen deshalb mit einem Programm 50 plus dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich das gesetzliche Renteneintrittsalter auch tatsächlich erreichen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Weiter- und Umqualifizierung in den Betrieben. Denn wir wollen, dass die Menschen, die heute glücklicherweise länger leben und länger leistungsfähig sind, auch länger arbeiten können.**

**In Fragen der Alterssicherung ist der VDK ja ganz besonders engagiert, Nach unserer Auffassung ist und bleibt die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Wir wollen ihre solidarische Finanzierung auch in Zukunft sicherstellen. Klar ist dabei, dass die solidarische Umlagefinanzierung und die Orientierung an den Löhnen die Grundlage bleiben. Wenn wir eine Generationengerechtigkeit bewahren wollen, in der Jüngere und Aktive nicht überfordert werden, Ältere sich aber auf ihre Altersversorgung verlassen können, sind Veränderungen notwendig. Das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern verändert sich. Weniger Beitragszahler stehen mehr Rentenbezieher gegenüber. Die Koalition hat deshalb festgelegt, dass die mit dem längeren Rentenbezug verbundenen Mehrausgaben in einem ausgewogenen Verhältnis von Jung und Alt, Rentnerinnen und Rentnern sowie Beitrags- und Steuerzahlern gemeinsam zu tragen. Nicht alle Maßnahmen sind unumstritten, aber auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 gehört zu den notwendigen Maßnahmen.**

**Mit der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge, die bisher schon von 6,2 Millionen Menschen in Anspruch genommen wird und mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betrieblichen Altersvorsorge, auf die bereits 15,7 Millionen Menschen Anwartschaften besitzen, haben wir die gesetzliche Altersvorsorge in der letzten Wahlperiode ergänzt. Für Familien mit Kindern werden wir die Förderung verbessern und wir werden Wege finden, selbst genutztes Wohneigentum in die Förderung zu integrieren.**

**Anrede,**

**Lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein aktuelles Thema eingehen: Gesundheit ist ein wichtiges Gut. Wir werden bei der Gesundheitsreform darauf achten, dass auch in Zukunft die Solidarität das tragende Element der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt. Die Gesunden stehen für die Kranken, die Jüngeren für die Älteren und die finanziell Stärkeren für die finanziell Schwächeren ein. Aus heute Jungen und vermeintlich Gesunden können schon morgen Kranke, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderungen werden. Das sollten vor allem diejenigen nicht vergessen, die eine höhere Eigenbeteiligung der Patienten und Patientinnen fordern. Jede und jeder von uns kann schon morgen auf die Solidarität der anderen angewiesen sein.**

**Wir haben im Gesundheitswesen nicht nur ein Einnahmeproblem sondern auch ein Ausgabenproblem. Deshalb beschäftigen wir uns zuerst mit der Verbesserung der Strukturen im Gesundheitswesen, damit das Geld der Versicherten auch für die Behandlung der Patientinnen und Patienten und nicht zur Finanzierung ineffektiver Strukturen ausgegeben werden kann. Die Versicherten und insbesondere die Patientinnen und Patienten haben mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz durch die Zuzahlungsregelungen und andere Maßnahmen schon einen gewaltigen finanziellen Beitrag erbracht. Darüber hinaus sehe ich auf Seiten der Versicherten keinen Spielraum mehr.**

**Wir wollen,**

- **dass alle Versicherungsschutz haben**
- **dass auch in Zukunft allen Bürgerinnen und Bürgern die notwendige medizinische Versorgung auf hohem Niveau erhalten**
- **dass alle unabhängig von ihrer Krankenversicherung am medizinisch-technischen Fortschritt teilhaben können**

**und wir wollen**

- **einen wirtschaftlichen Umgang mit den vorhandenen Beitragsgeldern**

**Wenn die Strukturfragen geklärt sind, werden wir in der Koalition über die Einnahmeseite reden.**

**Die Ausgangspositionen könnten unterschiedlicher nicht sein. Die SPD ist der Auffassung, dass die Finanzierungsbasis des Gesundheitswesens verbreitert werden muss und dass sich alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an einer solidarischen und bedarfsgerechten Finanzierung beteiligen müssen.**

**Für uns sind dabei 3 Punkte klar:**

- 1. Künftige Ausgabensteigerungen – ob wegen des medizinischen Fortschrittes oder wegen der demographischen Entwicklung müssen auch künftig von den Versicherten und der Arbeitgeberseite gemeinsam getragen werden – ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge macht das System nicht stabiler sondern verlagert die Lasten allein auf die Versicherten. Das wollen wir nicht.**
- 2. Das Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist mit Kopfprämien nicht vereinbar  
Und**
- 3. Es besteht kein Spielraum die Versichertenseite mit zusätzlichen Beiträgen zu belasten oder Leistungen auszugrenzen.**

**Ich bin überzeugt, dass wir hier den VDK an unserer Seite haben. Auch in den kommenden vier Jahren wird der VDK mit Ihnen Herr Hirrlinger ein kritischer und konstruktiver Begleiter der Sozialpolitik in Deutschland sein. In diesem Sinne sehe ich den politischen Debatten der kommenden Jahre gerne entgegen und wünsche dem VDK alles Gute.**